

Anlage zur Beschlussvorlage 4172/2010

zur Beratung im Ausschuss Umwelt und Grün am 23.11.2010

Jahresbericht 2009 – Seite 37

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 15.03.2007
Ds-Nr.: A/0121/007

Betreff: Vervollständigung des Inneren Grüngürtels sichern

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Schritte einzuleiten, um sicherzustellen, dass die beschlossene Vervollständigung des Inneren Grüngürtels (Grüntangente-Süd) realisiert werden kann. Dies gilt sowohl für das jetzige Großmarktgelände und die dort angrenzenden Bereiche als auch für das Gebiet östlich der Koblenzer Straße zwischen Bahndamm im Norden und Schönhauser Straße im Süden bis zum Rhein.

Insbesondere muss gewährleistet sein, dass künftige Bauvorhaben im Einklang mit der Gesamtkonzeption stehen. Dies ist durch geeignete Maßnahmen, wie die Änderung des Flächennutzungsplans und die Aufstellung entsprechender Bebauungspläne sowie ggf. der Durchführung von Umlegungsverfahren, zu erreichen.

Dem Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün ist zur nächsten Sitzung ein Sachstandsbericht vorzulegen. Darin ist auch aufzunehmen, welche konkreten Bauanfragen und/oder -anträge zur Umnutzung und/oder Bebauung von für den Grünzug vorgesehenen Flächen vorliegen. Ebenfalls sollen darin die Maßnahmen dargestellt werden, die von Seiten der Stadt zur Umsetzung des Grünzugs eingeleitet worden sind, beispielsweise Ankäufe von Grundstücken, mögliche Umlegungsverfahren oder konkrete Ankaufverhandlungen und wann mit einer Realisierung der Vervollständigung des Inneren Grüngürtels zu rechnen ist.

Sachstand:

Die vorbereitende (Sanierungs-) Untersuchung einschließlich des hierzu ergänzend vom Rat beauftragten Entwicklungskonzeptes ist im Entwurf bearbeitet und wird kurzfristig verwaltungsintern abgestimmt. Hierin sind u. a. die Vorschläge des städtebaulichen Masterplans Innenstadt Köln von Prof. Albert Speer zur Fortführung des Inneren Grüngürtels verarbeitet. Aufgrund des Abstimmungsbedarfs und der Sitzungstermine ist eine Einbringung der Vorlage im StEA voraussichtlich im Mai 2010 möglich.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Abfallwirtschaft
Sitzungsdatum: 16.11.1995
Ds-Nr.: 1848/095

Betreff: Fortschreibung des Umweltschutz-Programms 1984

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der in der Ausschusssitzung vom 27.06.1995 vorgelegten Beschreibung der Schwerpunkte „Energie und Umwelt“ und „Verkehr und Umwelt“ konkrete Maßnahmenvorschläge auszuarbeiten:

Energie und Umwelt

- energiesparender Wohnungsneubau
- Energieeinsparungen im privaten und städtischen Gebäudebestand
- Stromeinsparungen bei den Verbrauchern

Verkehr und Umwelt

- Ermittlung und Beschreibung der kleinräumigen Belastungsfaktoren für Mensch und Umwelt aus dem Straßenverkehr durch Abgase und Lärm.
- Entwicklung von Lösungsvorschlägen zur Reduzierung der Luft- und Lärmbelastung im Rahmen des Gesamtverkehrskonzeptes, Güterverkehrskonzeptes, P&R und B&R Konzeptes, sowie des ÖPNV-Konzeptes.

Die im Hoch- und Wohnungsbauausschuss gefassten Beschlüsse zur Ausarbeitung eines „CO₂-Minderungskonzeptes für die Stadt Köln“ sind einzubeziehen.

Die erforderlichen Ressourcen sollen organisatorisch für die Zeit der Umsetzung gebündelt werden.

Sachstand:

- Aktivitäten im Handlungsschwerpunkt '**Energie und Umwelt**'

Als Schwerpunkt der Aktivitäten im Aufgabenbereich "Energiesparender Wohnungsneubau" wurde das NRW-Förderprojekt "(Städtebaulich) Planen mit der Sonne" inzwischen abgeschlossen. In der Ansprache von Investoren und Projektentwicklern werden die Materialien CD, Broschüre und Webseite (www.planen-mit-der-sonne.de) jetzt eingesetzt. Städtebaulichen Planungen sollen so von Anfang an solar+energetisch optimiert und die daraus resultierenden Vorteile (gute Besonnung und Belichtung sowie Energieeinsparung) für die Bewohner nutzbar gemacht werden.

Im Aufgabenbereich "Energieeinsparung im privaten Gebäudebestand" wurde weiterhin die Broschüre "Gebäudesanierung mit Gewinn – Energieeffiziente Modernisierung schafft viele Vorteile" über die Bürgerämter an Kölner Hausbesitzer und Vermieter verteilt. Mit ihr wird dafür geworben, ohnehin anstehende Sanierungs- bzw. Modernisierungsmaßnahmen besonders energiesparend auszuführen und so mit wirtschaftlichen Maßnahmen den Heizwärmebedarf bzw. die CO₂-Emissionen in Köln zu senken.

- Aktivitäten im Bereich '**Verkehr und Umwelt**'

Die Umweltzone wurde zum 1.1.2008 eingerichtet. Die öffentlichen Rückmeldungen zur Umsetzung des Kommunikationskonzeptes sind gut. Die Menschen fühlen sich informiert und die Kritik reduziert sich auf Einzelfälle.

Da alternative Kraftstoffe inzwischen in ihrer ganzheitlichen Auswirkung sehr kontrovers diskutiert werden, kommen diese als Alternative in Köln nicht in Betracht. Mit der KVB wurden Gespräche zur Einführung von Diesel-Hybridbussen für Köln geführt, die Finanzierung zur Durchführung eines Pilotversuchs in Köln wird derzeit geprüft.

Die Lärmkartierungen im Zuständigkeitsbereich der Stadtverwaltung Köln konnten inzwischen abgeschlossen werden. Der vollständige Abschluss der Kartierungen der Schienenwege des Bundes durch das Eisenbahn-Bundesamt (EBA) erfolgte für das Kölner Stadtgebiet bis Ende 2008.

Nachdem eine stadtinterne Arbeitsgruppe zur Lärmaktionsplanung eingerichtet wurde, erfolgte eine Ausschreibung zur Analyse der Belastungssituation und Ermittlung von Belastungsschwerpunkten (Hot Spots) sowie für die Erarbeitung eines strategischen Konzeptes. Ab Auftragsvergabe ist ein Bearbeitungszeitraum von 3 Monaten vorgesehen. Ende Februar nächsten Jahres ist der Abschlussbericht zu erwarten.

Anschließend werden die Prozesse der Maßnahmenabstimmung, der Öffentlichkeitsbeteiligung - diese soll nach jetzigem Bearbeitungsstand ab Mitte 2010 erfolgen - und der Erstellung eines durch den Rat abschließend zu beschließenden Lärmaktionsplanes angegangen.

Schlussbemerkung

Die Abarbeitung des Auftrags CO₂-Bilanzierung und Erarbeitung Klimaschutzkonzept für Köln umfasst die hier behandelten Themen in einer aktuelleren, aber ebenso in die Felder Energie und Mobilität differenzierten Aufgabenstellung. Daher wird mit dieser Vorlage die Berichterstattung zur Fortschreibung des Umweltprogramms 1984 eingestellt.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.09.2005
Ds-Nr.: 1027/005

Betreff: Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen bei der Stadt Köln

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Neuanschaffung von Kraftfahrzeugen durch alternative Angebotseinholung bzw. Ausschreibung, zu prüfen, ob Neufahrzeuge (PKW und LKW) – unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - wirtschaftlich auch mit Gasantrieb bzw. bivalentem Antrieb (Gas/Benzin-Antrieb) oder Biotreibstoffen beschafft werden können.
Falls die Prüfung sich als wirtschaftlich erweist, soll eine entsprechende Anschaffung erfolgen. Im Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün ist darüber zu berichten.
2. Die Verwaltung soll weiterhin Verhandlungen mit den stadtbeteiligten Gesellschaften aufnehmen, um zu erreichen, dass auch dortige Kraftfahrzeuge zukünftig als erdgasbetriebene oder mit Biotreibstoffen betriebene Fahrzeuge beschafft werden.
3. Weiterhin soll geprüft werden, ob eine Umrüstung im Einsatz befindlicher Fahrzeuge auf alternative Antriebsformen technisch und – auch unter Berücksichtigung von möglichen Förderungen - betriebswirtschaftlich lohnenswert ist.

Sachstand:

Die Diskussion mit den stadtnahen Gesellschaften wird im Zuge der Erarbeitung des Klimaschutzkonzeptes Köln intensiviert.

Durch die aktuellen Diskussionen um die Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit für den Einsatz nachwachsender Rohstoffe als Treibstoff müssen mögliche alternative Konzepte neu überdacht werden. Nur wenn sichergestellt ist, dass nur heimische Pflanzen, die keine unmittelbare Konkurrenz zu Agrarprodukten haben, die im Bereich der Nahrungsmittelproduktion eingesetzt werden, ist zu vertreten, dass diese als alternative Treibstoffe oder auch als Energieträger zur Wärme- und Stromversorgung verwendet werden. Besonders wichtig ist, dass keine tropischen Primärwälder eingeschlagen werden, um Pflanzen anzubauen, die zu Pflanzenöl, Biodiesel oder Bioäthanolproduktion verarbeitet werden.

Die Verwaltung legt Wert darauf, dass diese ganzheitlichen Gesichtspunkte in der Diskussion und Entscheidung berücksichtigt werden, auch wenn dies eine weitere Verzögerung zur Folge hat.

Seitens der KVB gibt es einen Umrüstungsplan, die Busflotte bis Ende 2009 auf emissionsärmere Technik mit Ad-Blue-Technologie zur Vermeidung von Stickoxiden und mit CRT-Filtern zur Vermeidung von Feinstaub umzustellen. Der Einsatz alternativer Kraftstoffe ist derzeit nicht vorgesehen.

Im Hinblick auf eine Senkung des Kraftstoffverbrauchs und den damit verbundenen CO₂ und Schadstoffemissionen wird die Diesel/ Hybridtechnik favorisiert. Es werden die Erfahrungen anderer Pilotversuche ausgewertet und erste Gespräche mit Diesel/Hybridbusanbietern geführt.

Gemeinsam mit den Projektpartnern FORD AG und Rheinenergie AG wurde ein Projektantrag zur Förderung von Elektromobilität in Köln eingebracht. Elektromobilität hat, sofern sie aus regenerativ erzeugtem Strom kommt den Charme, dass Sie CO₂-reduziert, ohne Luftschadstoffe und ohne Lärmemissionen abläuft. Diese Bereiche stellen aber derzeit die Umweltprobleme Nr. 1 in der Stadt dar.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 01.06.2006
Ds-Nr.: 0771/006

Betreff: Aufbau eines Altstandortkatasters

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für das gesamte Stadtgebiet eine systematische Erfassung aller ehemals gewerblichen oder militärisch genutzten Flächen (Altstandorte) durchzuführen. Im Sinne einer strategischen Flächenplanung sollen hierbei auch Flächen berücksichtigt werden, die derzeit minder genutzt sind.

In einem nächsten Schritt sollen diese Flächendaten mit relevanten Daten aus den Bereichen Artenschutz und Immissionsschutz angereichert werden mit dem Ziel, die gesamten Informationen für Investoren und Bauherren zugänglich zu machen.

Ziel eines solchen Katasters ist auch, Flächen zu identifizieren, die für eine Vervollständigung oder Vernetzung bestehender Grünflächen genutzt werden können.

Daneben ist auch der Wert der jeweiligen Fläche nach Köln-Code (Berechnungsmethode nach Sporbeck/Ludwig) zu ermitteln und im Kataster zu erfassen, um so dem Investor eine Möglichkeit zu geben, abzuschätzen, was an Ausgleich vorgenommen werden müsse.

Die Verwaltung wird aufgefordert, spätestens nach der Sommerpause ein entsprechendes Konzept ggf. mit Zeit-/ Maßnahmeplan zum Aufbau dieses Altstandortkatasters vorzulegen.

Sachstand:

Zurzeit läuft ein Pilotprojekt zur Umsetzung des Konzeptes. Mit dem Ende des Pilotprojektes wird Anfang des Jahres 2010 gerechnet. Über die Ergebnisse des Pilotprojektes und ggfs eine Modifizierung des Konzeptes wird der Ausschuss Umwelt und Grün voraussichtlich Anfang 2010 informiert. Eine Verschiebung der Haushaltsmittel in die späteren Jahre wurde bereits durch die Verwaltung vorgenommen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 03.05.2007
Ds-Nr.: A/0160/007

Betreff: CO₂ – Bilanz für Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. eine CO₂-Bilanz für Köln zu erstellen,
2. unter Berücksichtigung der aktuellen Klimaschutzstrategien anderer Großstädte erste grundlegende Überlegungen für ein Kölner CO₂-Minderungskonzept zu entwickeln.

Sachstand:

Mit der Mitteilung vom 03.12.2009 „Sachstand zum Klimaschutzkonzept Köln und Bürgermeisterkonvent zum Klimaschutz“ (DS-Nr. 4999/2009) wurde der aktuelle Stand der Bearbeitung dargelegt.

Die Entscheidung über die Bewilligung der Bezuschussung durch das BMU liegt seit dem 14.12.2009 vor und die Consulting - Gemeinschaft GERTEC/Ifeu für den Bereich Energie und das Wuppertal Institut für den Bereich Mobilität werden jetzt beteiligt. Die Beteiligung der Gutachter ist bis Mitte 2011 projektiert. Dann sollen für einzelne Teilbereiche die detaillierte CO₂-Bilanz und ein darauf aufbauendes CO₂-Minderungskonzept mit Maßnahmenplan vorliegen.

Das beantragte EU-Projekt MUSIC, bei dem die Kommunikation mit dem Bürger und mit wichtigen Akteursgruppen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden sollte ist zwischenzeitlich durch das INTERREG-Auswahlkomitee abgelehnt worden. Die Verwaltung wird prüfen wie die Kommunikation mit den vorhandenen Mitteln bzw. durch andere Fördermittelgeber abgesichert werden kann.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 22.05.2003
Vorlagennummer: 0449/003

Betreff: Erhalt und Entwicklung von Flora/Botanischer Garten

Beschluss:

Der Rat beschließt in Hinsicht auf Flora / Botanischer Garten folgende Zielsetzungen:

- Der Botanische Garten / Flora soll dauerhaft erhalten bleiben.
- Die Umweltbildungseinrichtung „Grüne Schule Flora“ zu erhalten.
- Das aus Kostengründen nicht mehr sanierungsfähige Pflanzenschauhaus (Tropenhaus) soll durch ein neues Haus ersetzt werden.
- Die Betriebsstrukturen und Kosten sollen optimiert werden.
- Außendarstellung und Vermarktung sollen im Zusammenhang mit dem Zoologischen Garten konzeptionell optimaler entwickelt werden.
- Die notwendigen Aufwendungen für Investition und Umstrukturierung sollen aus dem Erlös von geeigneten Grundstücksveräußerungen refinanziert werden.
- Diese Zielsetzungen müssen in Übereinstimmung mit dem vom Ausschuss für Umweltschutz und Grün in Auftrag gegebenen „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ geprüft und umgesetzt werden.

Ausgehend von diesen Zielsetzungen wird die Verwaltung beauftragt, folgende Lösungsmöglichkeiten zu prüfen und dem Rat geeignete Maßnahmen zur Zielerreichung vorzuschlagen. Im Einzelnen soll geprüft werden,

1. welche Grundstücke im Umfeld von Flora und Zoo für eine erlösträchtige Veräußerung an private Investoren / Nutzer in Frage kommen und welche Nutzungen unter städtebaulich verträglichen und planungsrechtlichen Aspekten sowie unter Vermeidung von Nachteilen für die Entwicklungspotenziale von Flora / Zoo darstellbar wären.

Hierfür sollen die Grundstücke entlang der Amsterdamer Straße und im Bereich Riehler Straße / Innere Kanalstraße / Alter Stammheimer Weg geprüft werden. Die Prüfung soll ausschließlich für die Grundstücke erfolgen, die nicht zum öffentlich zugänglichen Teil der Flora und des Botanischen Gartens gehören.

2. welche wirtschaftlichen und organisatorischen Vorteile erzielbar wären, wenn eine Fusion der bislang selbständigen Einrichtungen Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten durchgeführt würde. Dabei sollen in Kooperation mit

der Zoologischen Garten AG die Optimierungspotentiale, Aufgabenstellungen, die geeignete Betriebsorganisation und Rechtsform einer gemeinsamen Gesellschaft im Einzelnen untersucht und dargestellt werden.

Dabei ist das „Zukunftskonzept Flora und Botanischer Garten“ zu berücksichtigen und mögliche Nachteile darzustellen.

3. welche Möglichkeiten für ein gemeinsames Außendarstellungs- und Gesamtvermarktungskonzept für Flora / Botanischer Garten und Zoologischer Garten bestehen, mit dem Ziel, Attraktivität und Besucherzahlen zu steigern.

Dies soll unter der Maßgabe geschehen, dass der Besuch der Flora und des Botanischen Gartens eintrittsfrei bleibt.

4. inwieweit die beiden Umweltbildungseinrichtungen „Grüne Schule Flora“ und „Zooschule“ dahingehend optimierungsfähig sind, ob z. B. eine Zusammenfassung in einer Einrichtung unter gemeinsamer Trägerschaft konzeptionell, organisatorisch und wirtschaftlich sinnvoll wäre.

Prüfergebnisse und umsetzungsfähige Vorschläge sollen den zuständigen Ausschüssen und dem Rat bis zum Oktober 2003 vorgelegt werden.

Sachstand:

Mit Stand 1. November 2009 stehen dem Freundeskreis Botanischer Garten Köln e. V. (FBG-K) Mittel in Höhe von ca. 300.000 Euro zur Unterstützung des Projektes „Neue Schaugewächshäuser“ zur Verfügung. Das ist ein beachtlicher Ausgangspunkt für die geplanten weiteren Spendensammlungen.

Das Spendenaufkommen ist hinter den optimistischen Erwartungen der anvisierten 3 Mio. Euro zurück geblieben, da Großsponsoren von denen im Vorfeld positive Signale zur Unterstützung des Projektes „Schaugewächshäuser in der Kölner FLORA“ kamen, mittlerweile mit wirtschaftlichen Probleme kämpfen bzw. andere Schwerpunkte in ihrer Sponsoring-Politik gesetzt haben. Der FBG-K wird seine Aktivitäten dennoch forciert fortsetzen.

Von Seiten des Fördervereins wird die Eröffnung der Schaugewächshäuser weiter zum Doppeljubiläum im Jahr 2014 (150 Jahre FLORA und 100 Jahre Botanischer Garten) angestrebt.

Zusammen mit dem Förderverein plant die Verwaltung zu Beginn des Jahres 2010 einen Fahrplan zur Realisierung des Vorhabens zu entwickeln und zur Beschlussfassung vorzulegen.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 19.06.2007
Vorlagennummer: A/0107/007, A/0144/007

Betreff: Erweiterte kommunale Umweltverträglichkeitsprüfung mit umfassendem Gesamtverkehrskonzept für den Kölner Norden

Beschluss:

Um das Belastungsszenario im Kölner Norden zu ermitteln, wird die Verwaltung aufgefordert, für den Bereich, der begrenzt wird - im Norden durch die Autobahn A 1, im Osten durch den Rhein, im Süden bis zum Gürtel und im Westen durch die Autobahn A 57 - eine integrierte Raumanalyse zu erarbeiten. Nach dem bereits in den durchgeführten Raumanalysen für Flittard/Stammheim und Porz sowie Meschenich/Immendorf/Rondorf bewährten Verfahren sollen insbesondere untersucht werden:

- Biotoptypenzuordnung, Biotopvernetzung und Artenschutz
- Klima
- Grundwasser/Versickerung
- Bodengüte
- Luftqualität
- Lärm
- Gefahrenschutz
- Magnetfeldbelastung

Die Ergebnisse der Analyse sollen zu entsprechend aufgegliederten Planungsempfehlungen zusammengeführt werden.

Sachstand:

Erste Planungsempfehlungen wurden entwickelt und werden zur Zeit verwaltungsintern abgestimmt. Im ersten Quartal 2010 erfolgt die textliche und kartographische Aufarbeitung, so dass die Ergebnisse im zweiten Quartal präsentiert werden können.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.04.2008
Vorlagennummer: AN/0651/2008

Betreff: Infrastruktur für Poller Rheinwiesen und Rodenkirchener Riviera

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Poller Rheinwiesen und den Rheinuferbereich „Rodenkirchener Riviera“ ein Konzept für eine dauerhafte Infrastruktur zu erstellen, um die Aufenthaltsqualität für diese stark frequentierten Erholungsgebiete deutlich zu optimieren.

Kernbestandteil dieser Infrastruktur sollen Sanitäranlagen in Verbindung mit einem Kiosk sein. In dem Konzept sollen insbesondere Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie notwendige Toilettenanlagen bereitgestellt werden können. Denkbar sind dabei insbesondere die Nutzung vorhandener Anlagen, z. B. in der Bezirkssportanlage Köln-Poll, in dem diese an den Wochenenden im Sommer für die Öffentlichkeit geöffnet werden. Mit dem dauerhaften Betrieb dieser Anlagen soll auch das regelmäßige Einsammeln von Abfall auf den jeweiligen Flächen verknüpft werden.

Aufbau und Betrieb soll unter folgende Maßgaben erfolgen:

- Es sollen feste Bauten für Kiosk und Sanitäranlagen errichtet werden, die sich ästhetisch angemessen in die jeweiligen Gebiete einfügen sollen.
- Die Sanitäranlagen sollen am Kanalnetz angeschlossen sein.
- Es soll für beide Erholungsgebiete ein Gestaltungswettbewerb ausgeschrieben werden, zu dem in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule für Architektur Studierende zur Beteiligung aufgerufen werden.
- Die dafür notwendigen Planungs- und Investitionsmittel sind von der Verwaltung zu ermitteln.
- Der Betrieb der Einrichtungen soll als Beschäftigungsförderungsprojekt durch einen Beschäftigungsträger erfolgen, mit dem eine vertragliche Regelung über die zu erbringenden Dienstleistungen geschlossen wird.

Sachstand:

Für die Poller Wiesen wurden die vorhandenen Toiletten in dem Gebäude der Bezirkssportanlage im Rahmen einer Bewirtschaftung durch einen Beschäftigungsträger bereits im Oktober 2008 geöffnet. Mit Ausnahme einer guten Ausnutzung während einiger Sportveranstaltungen in den Monaten April, Mai und Juni wurden diese Toiletten im Schnitt von 1 bis 2 Nutzern am Tag frequentiert.

Gemäß Beschluss des Ausschusses Umwelt, Gesundheit und Grün vom 18.06.2009 wurde zusätzlich im nördlichen (Deutzer) Teil der Wiesen an der Alfred-Schütte-Allee ein Toilettencontainer aufgestellt. Während der 3-monatigen Öffnungszeit wurde der Standort an der Alfred-Schütte-Allee von nur 42 gezählten Besuchern aufgesucht.

Im Jahr 2009 wurde das Bewirtschaftungspersonal für die Stadt Köln kostenneutral von der KGAB als Beschäftigungsträger gestellt.

Für die Rodenkirchener Riviera wurde an der Uferstraße östlich des Pumpwerks ein mobiler barrierefreier Toilettencontainer mit Behinderten-WC für 4 Monate angemietet und durch einen Beschäftigungsträger für die Stadt Köln kostenneutral bewirtschaftet. Kanal-, Wasser- und Stromanschluss sowie die Absicherung zum Straßenland erfolgten aus Kostengründen in Form von Baustellenanschlüssen. Dieser Container wurde 1195 mal frequentiert.

Über die Ausarbeitung einer gestalterisch hochwertigen Containerlösung führte die Verwaltung mit der Fachhochschule Köln, Fakultät für Architektur Gespräche. Wegen der hohen Kosten für die von der FH beabsichtigte Projektentwicklung wurde zunächst keine Beauftragung vorgenommen.

Ein Kioskbetrieb erscheint aus Sicht der KGAB an beiden Standorten wegen der relativ geringen Frequenz nicht sinnvoll.

Für das kommende Jahr hat der Beschäftigungsträger bereits angekündigt, dass er wegen des verbleibenden Eigenanteils bei den Personalkosten zu einer kostenfreien Personalstellung nicht mehr in der Lage ist.

Dem Ausschuss Umwelt und Grün und den Bezirksvertretungen wird Anfang 2010 eine ausführliche Auswertung vorgelegt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 24.06.2008
Vorlagennummer: AN/1310/2008

Betreff: Vorbereitung der Bewerbung zur Bundesgartenschau in Köln

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Projektstudie zur Durchführung einer Bundesgartenschau in Köln zu erarbeiten. Hierzu sollen natürlich zunächst Gespräche mit der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft hinsichtlich der möglichen Termine und der erforderlichen Bewerbungsvoraussetzungen geführt werden. Darüber hinaus sollen Vorschläge für eine thematische und inhaltliche Ausrichtung sowie für ein Areal zur Durchführung einer Gartenschau ausgearbeitet werden. Dabei soll die Aufwertung und Weiterentwicklung des Kölner Systems der Grüngürtel im Mittelpunkt stehen. Eine Einbindung der Region – aufbauend auf den Projekten RegioGrün der Regionale 2010 - ist anzustreben.

Aufbauend auf den Überlegungen eines Masterplans Innenstadt sollte schwerpunktmäßig der Bereich Großmarkt / Innerer Grüngürtel untersucht werden, um damit eine weitere, für die Stadt ungemein wertvolle, innenstadtnahe Grünfläche zu schaffen und den Inneren Grüngürtel fortzuführen.

Die Machbarkeitsprüfung soll eine Betrachtung der aufzuwendenden Ressourcen (Kostenrahmen, Finanzierung) und eine Zeitplanung für das Gesamtprojekt bis zur Umsetzung beinhalten.

Erste Ergebnisse sollen dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün nach der Sommerpause vorgelegt werden. Die Machbarkeitsstudie dient als Entscheidungsgrundlage für die Bewerbung zur Bundesgartenschau, die in 2008 vom Rat getroffen werden soll.

Sachstand:

Die Projektstudie befindet sich in der verwaltungsinternen Abstimmung und wird Anfang 2010 den Gremien des Rates zur Beratung vorgelegt.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 18.12.2008
Vorlagennummer: AN/2515/2008

Betreff: "Strategisches Flächenmanagement - Ausbau von Grünflächen"

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Fachausschüssen und Rat zeitnah ein Konzept vorzulegen, wonach aus Veräußerungserlösen der Ausbau von Grünflächen ermöglicht werden soll.

Das Konzept hat zum Ziel die Erlöse aus dem Verkauf städtischer Grundstücke, die von Grün in Gewerbe bzw. Wohnen umgewandelt wurden, das bedeutet, die planungsrechtlich vor dem konkreten Veräußerungsanlass noch nicht als Bauflächen ausgewiesen waren, zum Erwerb von Flächen zu verwenden, die zur Herstellung und zur Vervollständigung von Grünnetzungen und Grünzügen im Stadtgebiet notwendig sind. Dazu soll ein eigener Haushaltsansatz Grünflächen gebildet werden.

Sachstand:

Die Verwaltung sieht bei dem vorliegenden Beschluss eine enge Beziehung zum Ratsbeschluss vom 24.06.2004, in dem die Verwaltung beauftragt wird, ein Konzept für ein Strategisches Flächenmanagement zu entwickeln. Mit der Erarbeitung eines Konzeptes für ein Strategisches Flächenmanagement wird ein externer Auftraggeber vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik beauftragt. Das Konzept soll konkrete Handlungsempfehlungen für die zukünftige Vorgehensweise liefern. Die Zielplanung für die Kölner Grün- und Freiflächen beinhaltet einen Flächenpool für die Entwicklung und Ergänzung des vorhandenen Grünsystems, in dem die zweckgebunden vereinnahmten Mittel zukünftig zur Vervollständigung von Grünnetzungen und Grünzügen im Stadtgebiet Verwendung finden können.

Gremium: Rat
Sitzungsdatum: 30.06.2009
Vorlagennummer: AN/1101/2009

Betreff: "Konzept zur Minimierung von Wärmeinseln"

Beschluss:

Der Rat fordert die Verwaltung auf, ein Konzept zu erstellen, wie dieses urbane Hitzeinselpotential wirksam minimiert werden kann, beispielsweise durch Festsetzungen in Bebauungsplänen zur Dachbegrünung/ Fassadenbegrünung, durch vermehrtes Anlegen von Alleen, Begrünen von Plätzen, Straßen und Höfen, Baumpflanzungen auf Parkplätzen, Entsiegelungsprogrammen oder durch geeignete Anordnung von Baukörpern.

In einem zweiten Teil sind Flächen zu kennzeichnen, welche auf Grund ihrer Funktion zur Kaltluftproduktion bzw. als Ventilationsschneise Tabuflächen für die zukünftige Baulandausweisung darstellen.

Ein solches Konzept soll besonders dort greifen, wo die höchsten städtebaulichen Verdichtungen und Versiegelungen im Stadtgebiet vorzufinden sind.

Sachstand:

Erste, durch wissenschaftliche Literaturrecherche und eigene Kölner Erhebungen (Thermalscannerkarten) gestützte Ergebnisse liegen vor, sowie ein Konzept möglicher Maßnahmen zur Minderung der urbanen Überhitzung. Hierbei werden sowohl Maßnahmen für neue Baugebiete als auch Maßnahmen, die im Baubestand Wirksamkeit entfalten, beschrieben.

Die verwaltungsinterne Abstimmung wurde begonnen, konnte jedoch nicht fortgeführt werden, da das Umwelt- und Verbraucherschutzamt eine breiter angelegte Forschungsarbeit mit dem Deutschen Wetterdienst und dem Landesamt für Natur und Verbraucherschutz vorbereitet.

Gremium: Ausschuss Landschaftspflege und Grünflächen
Sitzungsdatum: 08.06.1999
Ds-Nr.: 0769/099

Betreff: Naturschonende Herstellung der Verkehrssicherung im Bereich der Stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke / Stöckheimer See (Zweckverbandsgebiet Stöckheimer Hof)

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche naturschonenden – und zeitnah umzusetzenden Möglichkeiten bestehen, die Verkehrssicherheit im Bereich der stillgelegten Kiesgruben Baadenberger Senke und Stöckheimer See herzustellen.
2. Insbesondere ist zu prüfen, ob an Stelle eines langwierigen und kostenträchtigen wasserrechtlichen Planfeststellungsverfahrens, das zudem mit rechtlichen Unwägbarkeiten belastet ist, in der Gesamtschau der Ankauf der zur Entlastung der absturzfährdeten Böschungen notwendigen Flächen an der Geländeoberkante der Kiesgruben nicht die effektivste und kostengünstigste Maßnahme darstellt.

Zu berücksichtigen sind in der Kostenberechnung Rekultivierungsverpflichtungen der Eigentümer bzw. Nutzer.

3. Des Weiteren ist zu prüfen, inwiefern massive Abzäunungen von absturzfährdeten Böschungen zur Herstellung der Verkehrssicherheit ausreichen – insbesondere dann, wenn zusätzlich noch dornige Abpflanzungen erfolgen und Hinweisschilder auf den Gefahrenatbestand hinweisen. Die Fraktionen bitten in diesem Kontext um eine vergleichende Darstellung zur Situation an anderen Gewässern (z.B. Rhein bei Hochwasser, Rheinauhafen).

Darüber hinaus wird die Verwaltung um einen Sachstandsbericht zum gegenwärtigen Stand der Verkehrssicherungsmaßnahmen (Zustand der bestehenden Umzäunungen, Durchführung einer Standsicherheitsbegutachten, Stellungnahme der Bezirksregierung etc.) gebeten.

Sachstand:

Der Stöckheimer Weg wurde wegen nicht standsicheren Böschungen beidseitig entlang des Weges gesperrt.

Per Ordnungsverfügung wurde angeordnet, die Böschungen durch Anschüttung von Bodenmaterial standsicher herzurichten, Entwässerungsdrainagen an der Oberkante der neuen Böschung einzurichten und Ausgleichsmaßnahmen, u.a. eine dornige Hecke beidseitig entlang des Weges, durchzuführen. Ferner sind die Baustelleneinrichtungen zurückzubauen.

Die Anschüttungsmaßnahmen wurden abgeschlossen und mit dem Rückbau der Baustelleneinrichtungen wurde begonnen. Die anderen genannten Maßnahmen wurden

bislang nicht durchgeführt, obgleich der Ordnungspflichtige zur Umsetzung dieser mehrmals aufgefordert wurde. Zur Umsetzung der Ausgleichsmaßnahmen wurde Zwangsgeld angedroht. Dieser ordnungsrechtliche Bescheid befindet sich nach wie vor im Widerspruchsverfahren.

Die beiden Seen sind wegen ihrer Naturschutzwürdigkeit gemeinsam mit der großen Laache einstweilig sichergestellt worden. Dies wurde im Rahmen einer ordnungsbehördlichen Verordnung vom 22. Dezember 2006 im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Köln mit Datum 08.01.2007 veröffentlicht.

Die Verwaltung beabsichtigt eine dauerhafte Unterschutzstellung durch eine förmliche Änderung des Landschaftsplans. Der Rat hat am 18.12.2008 beschlossen, das hierfür erforderliche Änderungsverfahren einzuleiten. Im folgenden Schritt werden die Bürger und die Träger öffentlicher Belange beteiligt.

Der zwischen Baadenberger Senke und Stöckheimer See seit Jahren gesperrte Weg ist wieder geöffnet worden. Die Geschäftsführung des Zweckverbandes Stöckheimer Hof hat bei verschiedenen Ortsterminen mit den beteiligten Behörden der Stadt Köln erreichen können, dass der Weg vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik wieder hergerichtet wird. Der Beginn der Bauarbeiten ist frühestens für Februar 2010 (witterungsbedingt) vorgesehen.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 20.02.2003
Ds-Nr.: 151/003

Betreff: Gesamtentwurf Bonner Verteilerkreis

Beschluss:

Das Amt für Landschaftspflege und Grünflächen wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Künstler Lutz Fritsch einen Gesamtentwurf für den Bonner Verteilerkreis zu erarbeiten und die gärtnerische Ausgestaltung mit den vorhandenen Haushaltsmitteln (Verwaltungsvereinbarung mit dem Landesbetrieb) innerhalb der nächsten 2 Jahre umzusetzen.

Sachstand:

Das Land NW (Regionale Kulturpolitik) hat den im Oktober 2007 gestellten Förderantrag in Höhe von 440.062,00 € im Dezember 2007 bewilligt.

Seit dem 26.11.2007 ist das Projekt offizielles Projekt der Regionale 2010 (A-Stempel).

Der Rat genehmigte am 13.12.2007 die Dringlichkeitsentscheidung einer außerplanmäßigen Ausgabe. Gegenstand der Ratsvorlage war das einstimmige Votum des Kunstbeirates für die Skulptur des Künstlers Lutz Fritsch.

Am 20.12.2007 wurde zwischen der Stadt Köln und dem Künstler Lutz Fritsch der Vertrag zur Erstellung des Kunstwerkes abgeschlossen.

Eine Befreiung vom Landschaftsschutz gemäß § 69 LG NW erfolgte durch den Beirat der ULB am 12.08.2008. Grundlage war der dafür angefertigte Landschaftspflegerische Begleitplan des Büros Smeets + Damaschek.

Am 12.09.2008 wurde die Stele in Köln und am 13.09.2008 in Bonn aufgestellt und die Fläche um die Stelen mit Rollrasen wieder hergestellt.

Am 26.09.2008 fand die offizielle Einweihung und Übergabe des Kunstwerkes an die Städte Bonn und Köln durch den Ministerpräsidenten im Rheinforum Wesseling statt.

In Zusammenarbeit mit dem Künstler Lutz Fritsch wird z. Z. ein Gesamtentwurf erarbeitet.

Seit Oktober 2009 bis voraussichtlich Herbst 2010 wird der Abwasserkanal unter dem Verteilerkreis durch die StEB saniert. Dadurch wird die Umsetzung des Gesamtentwurfs voraussichtlich im Herbst 2010 erfolgen.

Das Museum Ludwig klärt momentan die Annahme der Schenkung des Kunstwerkes und die Aufnahme in seinen Bestandskatalog.

Gremium: Ausschuss Umweltschutz und Grün
Sitzungsdatum: 11.03.2004
Vorlagennummer: 0185/004

Betreff: Naturschutzgebiet Mutzbach

Beschluss:

Der Ausschuss Umweltschutz und Grün beschließt:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, zum Schutz des oberen Mutzbaches das vorhandene Naturschutzgebiet parallel zu den beschlossenen Maßnahmen zur ökologischen Aufwertung in beide Richtungen zu verbreitern.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie die beiden Naturschutzgebiete Mutzbach und Thielenbruch zu einem Biotopverbund in einem einzigen vergrößerten Naturschutzgebiet entwickelt werden können.

Sachstand:

Es ergibt sich kein neuer Sachstand.

alter Sachstand:

Die Verwaltung beabsichtigt, im Bereich der bestehenden Naturschutzgebiet Mutzbach und Thielenbruch weitere Flächen unter Naturschutz zu stellen. Das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen hat auf die Bedeutung dieser Verbindungs- und Pufferflächen im Rahmen des Biotopverbundes hingewiesen. Über Details der Naturschutzfestsetzung wird im förmlichen Verfahren zur Änderung des Landschaftsplans entschieden.

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün befürwortet die weitere Berichterstattung zum Naturschutzgebiet Mutzbach. Erst bei Änderung des Flächennutzungs- bzw. Landschaftsplanes soll der Beschluss als erledigt betrachtet werden.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 23.03.2006
Ds-Nr.: 0332/006

Betreff: Grablichtautomaten

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beschließt:

Die Friedhofsverwaltung wird gebeten

- zumindest auf einem größeren Friedhof (z. B. Melaten) ein Pilotprojekt mit der Aufstellung von Grablichtautomaten durch einen privaten Anbieter mit recycelbaren Grablichtern durchzuführen
- dem Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün die Bedingungen zur Wiedereinführung der Getrenntsammlung von kompostierbaren Abfällen auf den städtischen Friedhöfen darzulegen.

Sachstand:

- Der Stadt Köln sind durch die Pilotprojekte auf dem Süd- und auf dem Westfriedhof bisher keinerlei Kosten entstanden. Aus einer Zwischenbilanz der Teilnehmer des Pilotprojektes aus dem Juni 2008 dieses Jahres ergab sich, dass auf dem Südfriedhof bisher 3.870 Grabkerzen und auf dem Westfriedhof 2.496 Grabkerzen über die Automaten verkauft worden sind.

Die zweijährige Pilotphase endete somit mit dem Ergebnis, dass das zusätzliche Serviceangebot von den Friedhofsbesucherinnen und –besuchern angenommen und sogar intensiv genutzt wird. Darüber hinaus ist die kostenlose Entsorgung der ausgebrannten Grabkerzen, insbesondere der systemfremden Kerzen, positiv zu bewerten. Aus Sicht des Betreibers hat sich in den zwei Jahren gezeigt, dass sich der Einsatz der Grablichtautomaten auf den Kölner Großfriedhöfen rentiert.

Eine öffentliche Ausschreibung für das Aufstellen von Grablichtautomaten wurde zunächst zurückgestellt, weil zu befürchten war, dass Anbieter sich lediglich auf die offensichtlich profitablen Großfriedhöfe beschränken. Somit wäre dem Wunsch aus der Bevölkerung, dieses Serviceangebot auch auf kleineren Friedhöfen anzubieten, nicht mehr Rechnung getragen.

Vor diesem Hintergrund wurden die bestehenden Verträge mit den Erprobungspartnern vorerst nicht gekündigt und haben sich automatisch um zwei weitere Jahre jeweils vom 01.08.2008 bis zum 31.07.2010 und vom 01.11.2008 bis zum 31.10.2010 verlängert. Im Zuge der Fortführung des Pilotprojekts wurden die Vertragspartner aufgefordert, Grablichtautomaten auch auf mittelgroßen Friedhöfen anzubieten.

Der Vertragspartner des Südfriedhofs, Herr Falkenhain, sah sich nach eingehender Prüfung nicht in der Lage, das unternehmerische Risiko für einen Grablichtautomaten auf einem nur mittelgroßen Friedhof zu tragen. Die Firma AK-Vertrieb und Service hingegen hat auf 11 mittelgroßen Friedhöfen weitere Grablichtautomaten mit einer Vertragslaufzeit vom 01.05.2009 bis 31.10.2010 aufgestellt.

Mit dem Ende des zweiten Pilotprojektes über 18 Monate endet ebenfalls die letzte Vertragsverlängerung aus dem ersten Pilotprojekt, so dass ab dem 01.11.2010 eine zuvor per Wettbewerb ermittelte Dienstleistungskonzession vergeben werden könnte. Der Ausschuss wird über die in der Pilotphase gesammelten Erfahrungen eingehend unterrichtet.

- Die geplante Verlängerung des Projektes „Wiedereinführung der Getrenntsammlung von kompostierbaren Abfällen“ konnte bisher nicht umgesetzt werden, da im Rahmen des Bedarfsprüfungsverfahrens noch Klärungsbedarf besteht.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 25.10.2007
Vorlagennummer: AN/0919/2007

Betreff: Patenschaften / Unterstützung von Initiativen zur Aufwertung und Pflege von Grünanlagen, Alleen und Straßenbäumen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

- alle bestehenden Patenschafts-, Sponsoring- und Spendenmodelle zur Aufwertung und Pflege von Grünanlagen, Alleen und Straßenbäumen, einschließlich der Aufstellung von Parkbänken, im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zusammenzuführen und

- die Erweiterung und Optimierung der bisherigen Modelle und Anreize sowie die Möglichkeiten einer intensiveren, aktiven Betreuung der Paten, Sponsoren und Initiativen

zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Ausschuss vorzulegen.

Dazu gehört insbesondere die Gestaltung und Pflege von Grünanlagen, Baumscheiben, Verkehrskreisel, Pflanzung und Betreuung von Bäumen an Straßen und in Grünanlagen (z.B. „Geburts- oder Hochzeitsbäume“), Aufstellung von Bänken und Papierkörben, einschließlich der Möglichkeit durch z.B. Hinweisschilder auf „Patenschaften“ aufmerksam zu machen.

Sachstand:

Mangels Personalkapazitäten kann beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen der Aufgabenbereich „Öffentlichkeitsarbeit“ nicht optimal betreut werden.

Vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen ist beabsichtigt, die Stelle „Öffentlichkeitsarbeit“ schnellstens zu besetzen und mit den o.g. Aufgaben zu betreuen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 21.02.2008
Vorlagennummer: AN/0401/2008

Betreff: Erhalt des Pferdeschutzhofes in Köln-Weidenpesch

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, geeignete Maßnahmen einzuleiten, um den Standort des Pferdeschutzhofes in Köln-Weidenpesch dauerhaft zu sichern, damit Bestandschutz erreicht wird.

Hierbei sollte insbesondere auch überprüft werden, ob eine Änderung des Landschaftsplanes oder die Befreiung von den Verboten des Landschaftsplanes als geeignete Maßnahmen durchgeführt werden können.

Sachstand:

Der Bebauungsplan zur Sicherung des Pferdeschutzhofes ist seit dem 27.05.2009 rechtsverbindlich. Es ist nun Angelegenheit der Betreiberin, durch Bauanträge die dauerhafte Sicherung zu erzielen.

Die Berichterstattung zu diesem Punkt ist damit abgeschlossen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 21.08.2008
Vorlagennummer: AN/1446/2008, AN/1491/2008

Betreff: Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, kurzfristig Möglichkeiten zum Schutz des Rheinparkgeländes vor Vandalismus zu prüfen und dem Ausschuss darzustellen. In die Prüfung ist die Finanzierbarkeit der entsprechenden Maßnahmen einzubeziehen.

Sachstand:

Zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün am 21.01.2010 wird eine entsprechende Beschlussvorlage eingebracht, die nach Beratung in der BV Innenstadt und der BV Mülheim am 11.03.2010 beschlossen werden soll.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 30.04.2009
Vorlagennummer: AN/0646/2009

Betreff: Hundetüten-Stationen in Grünanlagen

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Grün begrüßt die Aufstellung von Hundetüten-Stationen („Dogstations“) in Kölner Grünanlagen, wie sie bereits im Stadtwald und Südpark mit Hilfe der Stiftung Kölner Grün realisiert werden konnte.
Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit der AWB und der Kölner Grün Stiftung ein Konzept, einschließlich der Finanzierung, zu entwickeln, durch das schrittweise in allen Kölner Grünflächen, die besonders von Hundehaltern und ihren Hunden besucht werden, Hundetüten-Stationen aufgestellt und unterhalten werden. Insbesondere die Nach-Befüllung muss sichergestellt werden, damit die Stationen einen wirksamen Beitrag zur Sauberkeit in den Kölner Grünanlagen leisten.

Auf eine wissenschaftliche Begleitung wird verzichtet.

Sachstand:

Das Konzept ist weitestgehend fertig gestellt und befindet sich zur Zeit in Abstimmung mit der AWB.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 18.06.2009
Vorlagennummer: AN/1094/2009

**Betreff: Bessere Ausstattung für die Waldschule „Haus des Waldes“ /
Gut Leidenhausen**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün beauftragt die Verwaltung zu prüfen, wie die Unterrichtskapazitäten der Waldschule „Haus des Waldes“ durch organisatorische Maßnahmen oder den Zusatz weiteren Lehrpersonals erhöht werden können, um der Nachfrage und Bedeutung des ökologischen und pädagogischen Auftrages gerecht zu werden.

Sachstand:

Die Verwaltung prüft zur Zeit ob im Rahmen „Außerschulicher Lernstandort“ eine Möglichkeit besteht die Kapazitäten der Kölner Waldschule zu erhöhen.

Gremium: Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün
Sitzungsdatum: 18.06.2009
Vorlagennummer: AN/0994/2009

Betreff: Straßenbaumkonzept

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, das im Städtebaulichen Masterplan für die Innenstadt dargestellte Straßenbaumkonzept weiter auszuarbeiten und konkrete Zeit-Maßnahmenpläne zur Umsetzung darzulegen. Darüber hinaus soll das Konzept ausgeweitet werden auf die angrenzenden linksrheinischen Stadtteile zunächst bis zur Gürtelstraße. Im rechtsrheinischen Stadtgebiet sollen neben Deutz die Stadtteile Mülheim und Kalk einbezogen werden.
Im Rahmen der Untersuchung sollen insbesondere auch Straßenzüge aufgezeigt werden, in denen zusätzliche Baumpflanzungen realisiert werden können.

Sachstand:

Die Verwaltung hat ein Leistungsverzeichnis zur Erarbeitung eines Straßenbaumkonzeptes erarbeitet. Zur Zeit wird die Finanzierung einer Vergabe geprüft und entsprechende Angebote eingeholt.